



Mit den Menschen - für die Menschen

Zeitung der Fraktionen DIE LINKE in der Städteregion Aachen
Beilage Kreisverband DIE LINKE Städteregion Aachen

Nr. 11 – November 2014 | 4. Jahrgang | www.wir-online.org

Frischer Wind im Europaparlament

Interview mit dem neuen Europaabgeordneten Fabio De Masi

Was unterscheidet das Europäische Parlament vom Bundestag?

Der Bundestag hat mehr Öffentlichkeit. Es gibt dort noch Debatten. Auch wenn sie langweiliger werden, weil die Unterschiede zwischen den Parteien - bis auf DIE LINKE - kaum noch existieren. Etwa bei Euro-Rettung oder Ukraine. Das Flair in Brüssel und Straßburg ist internationaler. Aber die Lobbyisten sind die Pest.

Wie funktioniert die Zusammenarbeit mit Abgeordneten aus insgesamt 14 EU-Mitgliedsländern in der Linksfraktion GUE/NGL?

Gut. Der private Kontakt zählt. Ich spiele Fußball mit Kollegen aus unterschiedlichen Ländern. Ich habe im Parlament mit Portugiesen oder Dänen mehr zu tun als mit den Abgeordneten der deutschen LINKEN. Weil wir etwa im Wirtschaftsaus-

schuss gemeinsam die Bank drücken.



Wer hat Dich im Parlament beeindruckt?

Der Hausmeister. Er schließt mir den Lesesaal für Geheimdokumente auf. Ich darf die lesen, aber nicht darüber sprechen. Ich habe ihm gesagt, dass da immer derselbe Mist drin steht. Er hat gesagt, auf seinem Brötchen sei

auch immer derselbe Mist drauf, aber essen müsse man trotzdem. Das hat mich überzeugt.

Sahra Wagenknecht hat über Dich gesagt: „Fabio kann EZB-Chef Mario Draghi zum Schwitzen bringen“. Hast Du schon?

Ich habe ihn gefragt, ob die Kürzung von Löhnen, Renten und öffentlichen Investitionen nicht seine Geldpolitik kaputt macht. Denn wer soll investieren trotz niedriger Zinsen, wenn die Leute kein Geld mehr in der Tasche haben? Er hat ein wenig geschwitzt.

Wird die neue EU-Kommission unter Jean-Claude Juncker besser?

Nein. Wer den Finanzlobbyisten Jonathan Hill zum Kommissar für Finanzmärkte macht, hat nichts kapiert. Hill hat mit seiner Lobbyfirma auch Katar beraten. Die finanzieren die Terrorgruppe Islamischer Staat.

Es wird oft beklagt, dass die BürgerInnen Europa ignorieren? Stimmt das?

Nein. Die EU pfeift auf die Bürger. Man denke etwa an die Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada. Wir brauchen Volksentscheide über wichtige EU-Themen, dann gibt es ein Interesse.

Das Interview führte
WIR-Redakteur Alban Werner

Weiterentwicklung des Nahverkehrs – Barrierefreiheit muss endlich umgesetzt werden!

Die Entwicklung des Schienenpersonennahverkehrs ist im Bereich der Städteregion zweifelsohne eine Erfolgsgeschichte. Seit Einführung der Euregiobahn sind nicht nur viele Orte an das Schienennetz (wieder) angeschlossen worden. Die Zahl der Fahrgäste hat sich in den letzten Jahren um 65% erhöht, Tendenz steigend!

Aber es könnte noch besser gehen. Eine Studie des Verbands Nahverkehr Rheinland (NVR), bei der Bahnhöfe und Haltestellen im Bereich der Euregiobahn, u.a. in Stol-

berg und Alsdorf, nicht gut abgeschnitten haben, hat Schwachpunkte aufgedeckt. Besonders Menschen, die auf Barrierefreiheit angewiesen sind, werden benachteiligt. Die Bahnhöfe Eschweiler und Aachen West sind beispielsweise wegen fehlender Aufzüge für Rollstuhlfahrer quasi nicht benutzbar.

In anderen Stationen gibt es zwar Aufzüge, die aber oftmals defekt sind, wie in Herzogenrath und Rotherde. Auch das Lesen der Fahrpläne bereitet kein Vergnügen, da diese so unverständlich formu-



liert sind, dass selbst Kenner an ihre Grenzen stoßen. Der Zustand mancher Bahnhöfe aber auch der Triebwagen lässt in Punkto Sauberkeit zu wünschen übrig. Vandalis-

mus ist ein weiteres Ärgernis für alle Bahnkunden.

Fortsetzung Seite 3



Gestärkt in den Aachener Stadtrat

Nach der Kommunalwahl am 25.05.2014 ist DIE LINKE mit einer deutlich größeren Fraktion in den Rat der Stadt Aachen eingezogen. Es gilt nun, aus der neuen Stärke heraus eine konsequente linke Oppositionspolitik in den Ausschüssen und im Rat umzusetzen.

Selbstverständlich werden wir mit anderen Fraktionen dann kon-

struktiv zusammen arbeiten, wenn dadurch Verbesserungen für die Menschen in dieser Stadt erzielt werden können. Weiterhin wird gelten, was auch schon in den vergangenen Jahren gegolten hat: Die Fraktion DIE LINKE ist das soziale Gewissen im Aachener Stadtrat.

Die Stadtplanung und -entwicklung sowie die Schaffung bezahlbaren Wohnraums werden in dieser Ratsperiode zentrale Themen in der Kommunalpolitik sein. In diesem Zusammenhang werden

wir auch die Frage stellen: „Wem gehört die Stadt?“. Aus linker Sicht kann es da nur eine Antwort geben. Aachen gehört den hier lebenden Menschen. Ihre Bedürfnisse müssen Vorrang haben vor den Profitinteressen von Investoren.

Weitere Schwerpunkte unserer Arbeit bilden die Inklusion sowie die steigenden Energiekosten. Nachdem unser Antrag für einen Sozialtarif Strom von allen anderen Fraktionen abgelehnt wurde, werden wir weiterhin die hohe Zahl von Stromsperrungen allein durch die

STAWAG thematisieren und im Sozialausschuss zur Sprache bringen. Angesichts der Haushaltssperre und der sich abzeichnenden schwierigen Beratungen zum Haushalt 2015, wird sich unsere Fraktion entschieden dafür einsetzen, dass es in den Bereichen Soziales, Jugend, Bildung und Kultur keine Kürzungen gibt. Die Haushaltsprobleme dürfen nicht auf dem Rücken derer ausgetragen werden, die Hilfen am dringendsten benötigen.

Leo Deumens, *Fraktionsvorsitzender DIE LINKE im Rat der Stadt Aachen*

Foulspiel durch FDP und Piraten/UFW

Ähnlich wie im Aachener Stadtrat ergab sich auch im Städte-regionstag eine unheilige Allianz zu Lasten der Linken, die bei der Wahl am 25. Mai deutlich viertstärkste Fraktion geworden war.

FDP und die nach der Kommunalwahl rasch gebildete Fraktion Piraten/Unabhängige Freie Wähler hatten sich bei der Besetzung von Gremien wie dem Kreispolizeirat oder beim Aufsichtsrat Sprungbrett darauf verständigt, jeweils nur einen gemeinsamen Kandidaten zu stellen.

Dies bedeutete dann bei der konkreten Besetzung der Gremien, dass bei der Abstimmung beide Fraktionen über sechs Stimmen verfügen und DIE LINKE nur über

vier. Rein rechtlich ist ein solches Verhalten möglich, moralisch ist diese „Zweckgemeinschaft“ aber durchaus verwerflich. Die Wähler haben mit ihrer Stimmabgabe weder FDP noch Piraten/Unabhängige Freie Wähler das Mandat gegeben, sich zusammenschließen, um ein paar Pöstchen zu ergattern, die ihnen aufgrund des Wahlergebnisses eigentlich nicht zustehen. Insbesondere von den Piraten hatte man einen anderen Politikstil erwartet. Die einstmals mit hehren Forderungen nach mehr Transparenz angetretenen Freibeuter zeigen aber zusehends, wes Geistes Kind sie sind.

Harald Siepmann,
Mitglied im Städte-regionstag Aachen



WIR



Bestellschein an: Fraktion DIE LINKE im StädteRegionstag
Haus der Städteregion · Zollernstraße 16 · 52070 Aachen

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE im Städte-regionstag erhalten.

Bitte schicken Sie "WIR in der Städteregion" kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

Name, Vorname

Postleitzahl, Ort, Straße

Bestellungen auch telefonisch möglich unter: 0241 / 5198 3305

Impressum:

WIR in der Städteregion
Zeitung der Fraktionen DIE LINKE in
der Städteregion Aachen

e-mail:

wir-redaktion@dielinke-aachen.de

wir-leserbriefe@dielinke-aachen.de

postalisch:

Fraktion DIE LINKE im

StädteRegionstag

Haus der Städteregion, Zollernstraße 16

52070 Aachen

Redaktion

Harald Siepmann (zugleich v.i.S.d.P.),

Robert Boltz, Albert Borchardt, Hans

Janosch, Marika Jungblut, Anja Linz,

Dirk Makowski, Gabi Halili

Layout

Lasse Klopstein, Albert Borchardt

Fotos:

www.pixelio.de, wikimedia commons,
Archiv Linksfraktionen AC, Archiv KV
Städteregion Aachen, Archiv DIE LINKE
NRW

Namentlich gekennzeichnete Artikel
geben nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion wieder.

Druck

Euregio-Druck, 52068 Aachen,

Dresdener Straße 3

Auflage: 32.000

Dank an alle, die das Erscheinen

dieser Ausgabe möglich gemacht

haben, und Dank auch an alle, die sie

in die Welt hinaus tragen.

Ihr seid toll.

Nächste Ausgabe:

Redaktionsschluss Februar 2015

Ausgabe; März 2015

Zwischen Hoffen und Bangen - Aachener Schwertbad vor dem Aus?



bis 12:30 in der
Fußgängerzone.

Jeden Tag - dem Betriebsrat, der Stiftung und bei Wind und Wetter - stehen die Beschäftigten des Schwertbades Aachen zwischen 12:00 und 12:30 in der Burtscheider Fußgängerzone. Auch den Rat der Stadt Aachen hat die Situation bereits beschäftigt. Neben einem Runden Tisch mit allen Akteuren wurde eine fraktionsübergreifende Resolution zur Erhaltung der beiden Kliniken in der letzten Ratssitzung verabschiedet.

Seit etwas mehr als einem Jahr befinden sie sich im Kampf um den Erhalt der Einrichtung und ihrer Arbeitsplätze, aber auch um das allerletzte Heilbad in Aachen. Ihre halbstündige Mahnwache soll Öffentlichkeit herstellen. Die Verhandlungen gestalten sich zäh und die Zermürbungstaktik der Klinikleitung zeigt langsam Wirkung, die Nerven der Beschäftigten liegen oftmals blank.



Helga Ebel und Michael Bredohl bei einer Mahnwache in der Burtscheider Fußgängerzone

Der Träger des Schwertbades und der Rheumaklinik, die Marienhaus Stiftung erklärt, dass eine wirtschaftliche Tragfähigkeit beider Kliniken bei den aktuellen Zahlen nicht gegeben sei. Im Klartext verlangen sie: Die Beschäftigten sollen auf einen Teil ihres Gehalts verzichten, sonst droht die Schließung. Alle Verhandlungen zwischen

Mit großer Sorge verfolgt die Aachener Kur- und Badegesellschaft die Situation. Es ist fraglich, ob die Marienhaus Stiftung einlenken wird und die Standorte erhalten bleiben können.

DIE LINKE ist davon überzeugt dass Einrichtungen der Daseinsvorsorge



© Ute Haupts

Fortsetzung: **Weiterentwicklung des Nahverkehrs - Barrierefreiheit muss endlich umgesetzt werden!**

Jedenfalls hat die Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag das Thema nun auf die Tagesordnung des Mobilitätsausschusses gesetzt.

Die Politik soll sich mit der NVR-Studie beschäftigen. Von dort aus muss das Signal an die Deutsche Bahn, die EVS und die betroffenen

Kommunen ausgehen, gemeinsam Fortschritte einzuleiten.

Das Ziel muss sein, den weiteren Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn voranzutreiben und das Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen so schnell und gut wie möglich in unserer Region umzusetzen.

Harald Siepman,

Mitglied Städteregionstag Aachen

nicht in die Hände privater Investoren gehören.

Überall dort, wo Gesundheit zur Ware verkümmert, ist neben der Qualität der Versorgung des Patienten

immer auch das Wohl der Beschäftigten in Gefahr.

Michael Bredohl,

Sachkundiger Bürger

DIE LINKE im Rat der Stadt Aachen



Hinweis: Gemeinsam mit dem Betriebsrat und unterstützt von ver.di und DGB gibt es am Samstag, den 22. November 2014, um 17:30 Uhr vor dem Zeitungsverlag Aachen an der Dresdener Straße eine Demo!

Leider gibt es auch in unserer Region viele (zu viele?) Beispiele für schlechte Arbeitsbedingungen.

In diesem Falle trifft es einen großen Verlag, der vor Jahren seinen tariflich entlohnte Pool an Mitarbeitern entließ und durch eine neue Form

der Tagelöhnerei ersetzte: Beschäftigte, die tageweise beliebig eingesetzt werden und denen bei Ankündigung einer Krankheit mit dem Verlust des Jobs gedroht wird.

Fortsetzung Seite 4



Über den Tellerrand geguckt - gute Nachrichten aus Thüringen!

Gute Nachrichten aus Thüringen.

Mit mehr als 28% Zustimmung der Wählerinnen und Wähler wird DIE LINKE in Thüringen zweitstärkste Kraft der Landtagswahl.

Die Thüringer Linke hat im Wahlkampf stets betont, ernsthaft Politik gestalten zu wollen und unermüdlich für ein rot-rot-grünes Zukunftsbündnis geworben. Mit

realistischen und fortschrittlichen Ideen gleichermaßen wurde eine klare Perspektive für einen politischen Wandel in Thüringen gezeichnet. So soll das rückständige Landeserziehungsgeld wieder abgeschafft und der Einstieg in die Kostenfreiheit sämtlicher öffentlicher Bildungs- und Betreuungsangebote angegangen werden, neue Lehrkräfte eingestellt und die Tarifreue, wie in NRW mit Unterstützung der damaligen Fraktion DIE LINKE im Landtag bereits gesche-

hen, in ein Vergabegesetz geschrieben werden.

Mit der Forderung nach bezahlter Freistellung für Arbeitende innerhalb eines zu verabschiedenden Bildungsfreiheitsgesetzes wurde eine weitere Forderung der Gewerkschaften aufgegriffen. Aber auch die Belange kleinerer und mittelständischer Unternehmen wurden in der Forderung nach einer praktischeren Regulierung von Hochwasserschäden berücksichtigt.

DIE LINKE in Thüringen zeigt, wie es gehen kann! Verwurzelt in Kommunalpolitik und Vereinen, ein offenes Ohr für unterschiedlichste Interessengruppen, bereit zu Kompromissen und zur Übernahme von Verantwortung. DIE LINKE in Thüringen ist somit ein gut vorzeigbares Beispiel für einen glaubhaften Ansatz linker Politik in den Ländern und darüber hinaus!

Hans Janosch,

Sachkundiger Bürger im Städteregionstag

Fortsetzung: **Schlecht bezahlt, gewehrt, gemobt, entlassen**

So wurde es jedenfalls von Mitarbeitern den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft Betrieb und Gewerkschaft DIE LINKE Aachen berichtet. „Gute“ Arbeitsverträge“ gäbe es zwar auch noch, aber Produktionsmitarbeiter kommen immer seltener in den Genuss solcher Vorzüge. Stattdessen wurde u.a. mittels Outsourcing das Lohnniveau gedrückt. Die Beschäftigten wehrten sich und gründeten einen Betriebsrat. Dessen Arbeit wurde aber bei allen mögli-

chen Gelegenheiten erschwert. Das Ziel war klar. Der Belegschaft sollte ein Betriebsrat madig gemacht werden. Manch ein Mitarbeiter gehörte dann auf einmal zu einem anderen Bereich, die Vertragsarten änderten sich: anstelle von Arbeitsverträgen operierte man zunehmend mit Dienstleistungs- und Werkverträgen. Widerspenstige Beschäftigte sahen sich mit Kündigungen konfrontiert. Die Mitglieder des Betriebsrat fordern nichts Ungehöriges, sondern für

einen Sozialstaat eigentlich Selbstverständliches: Der Verlag soll endlich die Kollegen und Kolleginnen wieder zu festen Tariflöhnen beschäftigen. DIE LINKE unterstützt diese Forderung ausdrücklich – nur mit ordentlichen Löhnen und regulären Arbeitsbedingungen lassen sich Niedriglöhne und spätere Altersarmut vermeiden!

Dirk Makowski,

Arbeitskreis Betrieb & Gewerkschaft

Freihandelsabkommen TTIP und CETA stoppen!

Die EU plant Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA). Die EU Kommission verspricht Wachstum und Jobs.

Ähnliche Abkommen haben in den USA aber über eine Million Jobs vernichtet. Selbst die irren Prognosen der EU fielen bescheiden aus. Die Bundesregierung gibt zu, dass sie nicht abschätzen kann, ob TTIP und CETA etwas bringen. Fakt ist: Die Kommission verhandelt geheim mit über 600 Lobbyisten und lehnte die Zulassung einer Europäischen Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA ab. Selbst ich als Europa-Abgeordneter habe keinen Zugang zu den geheimen Dokumenten. Denn es geht um die Interessen großer Konzerne, nicht der Mehrheit der Menschen.

Auf dem Spiel steht fast alles: Umwelt- und Verbraucherschutz, Arbeitnehmerrechte, Datenschutz, die Arzneimittelzulassung, das Verbot riskanter Energiegewinnung durch Fracking, die Buchpreisbindung, staatliche Filmförderung, die Regulierung von Banken sowie unser öffentliches Eigentum (zum Beispiel Krankenhäuser, die nicht dem Profit dienen). Denn wenn in Europa, den USA oder Kanada unterschiedliche Standards gelten, können die jeweils strengeren Gesetze als Investitionshemmnisse eingestuft werden.

Die Abkommen sehen private Schiedsgerichte vor. Dort können Konzerne Staaten auf Schadensersatz wegen entgangener Profite verklagen. Derzeit verklagt

z.B. der Energiehai Vattenfall die Bundesrepublik auf 3,7 Milliarden Euro Schadensersatz wegen des Atomausstiegs im Rahmen der Energiecharta. Zudem soll es einen Regulierungsrat geben, der wie ein Gesetz-TÜV bereits im Vorfeld Gesetze verhindert, die große Konzerne stören.

Darum gilt es, CETA, TTIP und andere Freihandelsabkommen zu verhindern. DIE LINKE wird im Europäischen Parlament, im Bundestag sowie in Nordrhein-Westfalen gegen diesen Mist kämpfen.

Fabio De Masi (DIE LINKE) ist Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments und Abgeordneter für NRW.

Baesweiler bekommt eine neue Innenstadt



Dies wird zumindest so behauptet. Bei einer Bürgerinformation am 20.08.2014 wurde das Konzept der

Planungsgruppe MWM den Interessierten erläutert.

Auch ich habe an der Veranstaltung teilgenommen, um mir vor Ort ein Bild zu machen und mit den Menschen zu sprechen. Bei den

anschließenden Workshops sollten Bürgerinnen und Bürgern ihre Ideen mit einbringen.

So wurden die Leerstände in der Innenstadt ein wichtiges Thema. Um diesen entgegen zu wirken, wurden Vorschläge von dort ansässigen Einzelhändlern und Bürger gemacht.

Ein Gedanke war, Vereinen oder Künstlern die Möglichkeit zu geben, sich dort zu präsentieren, was zunächst die Attraktivität der Umgebung erhöhen würde.

Ein verbessertes Radwegenetz, bezahlbare Wohnungen in der Innenstadt für Familien und Senioren durch öffentliche Förderung brannten den Menschen unter den Nägeln. „Die Wohnungen, die am Stadtrand für Senioren gebaut werden, kann ich mir nicht leisten, wenn ich in Rente gehe.“ so ein Teilnehmer des Workshops.

Die Stadt Baesweiler erklärte sich bereit, die Ergebnisse der Workshops zeitnah auf der städtischen Webseite zu veröffentlichen.

Fortsetzung Seite 8

Kurz notiert

LINKE im Städteregionstag lehnt Einrichtung eines Kompetenzzentrums für den Radverkehr in Monschau-Kalterherberg ab. Der Standort ist nach Meinung der Fraktion schlecht gewählt. Insgesamt ist die Anschubfinanzierung trotz Förderung durch das Land NRW zu hoch, und die Folgekosten sind ungewiss. Die Mittel sollte man besser in den Ausbau der bestehenden Radverkehrsanlagen investieren.

Die Verlagerung der Ausgaben der Wohnraumförderung auf die Städteregion ist kein Hindernis für die Ausweitung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus in der Stadt Aachen. Dies ergab eine Mitteilung der Städteregion auf einen Antrag der Linken hin. Auch wenn die Stadt keine direkte Vereinbarung mit dem Land NRW treffen kann, ist die Bereitstellung zusätzlicher Fördermittel zu Ankurbelung des sozialen Wohnungsbaus möglich. DIE LINKE fordert, dass in den nächsten Jahren (tatsächlich) wesentlich mehr in preiswerten Wohnraum investiert wird und private Investoren stärker in die Pflicht genommen werden.

Schulsozialarbeit soll erhalten bleiben! So sieht es eine Beschlussvorlage der Städteregion zur Fortführung der Schulsozialarbeit an den städteregionalen Schulen vor. DIE LINKE unterstützt dieses Vorhaben. Die Städteregion hat in den vergangenen Jahren nicht verausgabte Mittel für das Bildungs- und Teilhabepaket in Millionenhöhe behalten dürfen. Dass davon ein kleiner Teil in die Fortführung der Schulsozialarbeit fließt, ist gerechtfertigt. Sinnvoller wäre es allerdings, wenn der Bund diese Aufgabe dauerhaft finanzieren würde.

Dezentraler Aktionstag gegen TTIP, CETA, TiSA und die ganze Freihandelsagenda! 11.10.2014



Das Comprehensive Economic and Trade Agreement, kurz **CETA** (auch als „Canada – EU Trade Agreement“ gelesen), ist ein geplantes europäisch-kanadisches Freihandelsabkommen.

Das Transatlantische Freihandelsabkommen, offiziell Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (englisch Transatlantic Trade and Investment Partnership – **TTIP**) ist ein in der Verhandlungsphase befindliches Freihandels- und Investitionsschutzabkommen in Form eines völkerrechtlichen Vertrags zwischen der Europäischen Union, den USA und weiteren Staaten

Das Trade in Services Agreement (**TiSA**; dt. Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen) ist eine Sammlung von Vereinbarungen in Form eines völkerrechtlichen Vertrags zwischen 23 Parteien, inkl. den USA und der Europäischen Union.

Impressionen aus Aachen, Düren, Eschweiler, Jülich und Stolberg





Von Dir ist hier die Rede!

Wie die neoliberalen Handelsabkommen kommunale Daseinsvorsorge bedrohen

„Was hat das denn mit uns zu tun?“, fragen sich wahrscheinlich viele Menschen der Aachener Region, wenn von den Handelsabkommen TTIP, CETA und TiSA die Rede ist.

Die Antwort lautet: **Leider sehr viel.** Handelspolitik mag weit weg erscheinen, zumal die EU-Kommission und nicht die Bundesregierung darüber verhandelt. Nicht mitbestimmen können die Bundesländer und Kommunen, obwohl sie erheblich betroffen wären, würden die o.g. Abkommen so verabschiedet, wie sie jetzt auf dem Tisch liegen.

Denn „Investitionen“ werden von den Abkommen so breit definiert,

dass darunter auch Konzessionen für Dienstleistungen fallen, wie sie von Bundesländern und Kommunen vergeben werden. TTIP sieht auch vor, dass Investoren gegen „indirekte Enteignung“ klagen können. Hinter dieser seltsamen Formel versteckt sich, dass Investoren bspw. gegen verweigerte Betriebsgenehmigungen (für die es gute Gründe geben kann!) oder auch gegen die gerade eingeführte Mietpreisbremse klagen können. Auf dem deutschen Wohnungsmarkt tummeln sich allerlei transnationale Unternehmen und besser wird der Wohnraum für die breite Masse der BürgerInnen dadurch nicht. Davon können die AachenerInnen ein Liedchen singen. Auch Ausgleichszahlungen können unter Beschuss geraten, wenn sich Privatunternehmen da-

durch benachteiligt fühlen. Schon jetzt klagt der Bundesverband Deutscher Privatkliniken gegen den Landkreis Calw wegen solcher Zahlungen- soll das etwa Schule machen?

Durch die „Schirmklausel“ von TTIP fiele zudem jede Vertragsstreitigkeit in den Geltungsbereich des Abkommens.

Forderte etwa die Stadt Eschweiler Korrekturen an schlechter Ausführung von Bauaufträgen, könnten die Unternehmen Gegenforderungen vor ein internationales Schiedsgericht bringen. Schließlich schreiben Klauseln der o.g. Verträge das bereits erreichte Niveau der Liberalisierung fest, d.h.

Privatisierung können nicht mehr rückgängig gemacht werden. Man stelle sich vor, die GeWoGe würde wegen knapper Kassen verkauft- unter TTIP & Co. käme sie niemals zurück in die öffentliche Hand.

Alban Werner, WIR-Redakteur



Die „Vorzüge“ von Freihandelsabkommen



Die Befürworter der geplanten Freihandelsabkommen der EU mit Kanada (C-ETA), bzw. mit den USA (TTIP), verbinden große Hoffnungen mit dem Abschluss dieser Verträge. Was ist davon zu halten? Verpasst man Chancen, wenn man diese und andere Abkommen ablehnt?

Hoffnungen mit dem Abschluss dieser Verträge. Was ist davon zu halten? Verpasst man Chancen, wenn man diese und andere Abkommen ablehnt?

Ein fiktives Gespräch.

Wir stellen die wichtigsten Behauptungen der BefürworterInnen und unsere Gegenargumente vor.

BefürworterInnen: TTIP ist ein Motor für Wachstum und Beschäftigung. Wir brauchen ganz dringend dieses Abkommen, um das lahrende Wirtschaftswachstum in Europa anzuschieben und mehr Beschäftigung zu schaffen.

Gegenargument: Die Kommission und andere BefürworterInnen berufen sich auf Studien, die versuchen die Effekte von TTIP vorherzusagen. Aber selbst unter den optimistischsten Annahmen sind die erwarteten Zuwächse minimal. Es geht um weniger als 0,05 % zusätzliches jährliches Wirtschaftswachstum, sowie um wenige zehntausend zusätzliche Arbeitsplätze in Deutschland. Wenn die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten wirklich Wachstum und gute Arbeitsplätze schaffen wollen, dann müssen sie endlich die furchtbaren Spardiktate in ganze Europa beenden. Nur dann kann es wieder bergaufgehen. Sie tun es aber nicht und daran sieht man, dass es bei TTIP, CETA & TiSA um die Interessen transnationaler Konzerne geht und nicht um Arbeitsplätze.

BefürworterInnen: Aber es ist doch nachgewiesen, dass Freihandel zu Wachstum beitragen kann. Und auch

Karl Marx trat für Freihandel ein.

Gegenargument: Wir haben doch schon längst eine Freihandelsordnung. Es gibt die WTO. In der EU gibt es den Binnenmarkt. Bei TTIP geht es um eigentlich nicht messbare Wirkungen. Sie sollen durch die Angleichung, bzw. die sog. gegenseitige Anerkennung von Standards erreicht werden. Auch sollen andere „nicht-tarifäre“ Handelshemmnisse wegfallen. Damit sind aber nicht nur technische Normen wie z.B. Autoblinder gemeint. Ebenfalls betroffen sind Gesetze zum Verbraucher-, Umwelt- und Arbeitsschutz, sowie hart erkämpfte Sozialstandard.

BefürworterInnen: Aber es ist doch gut, wenn es überall gleiche Standards und Regeln gibt. Sigmar Gabriel sagt, TTIP könnte die letzte Chance zur Gestaltung der Globalisierung sein.

Gegenargument: TTIP trägt überhaupt nicht zur sozialen Regulierung

der Globalisierung bei. Denn auch nach Vertragsabschluss können Standards noch gesenkt werden. Direkt oder indirekt, durch verschärften Wettbewerb. Neue Regulierungsvorhaben werden durch CETA oder TTIP fast unmöglich gemacht. So werden erreichte Deregulierungen festgeschrieben. Zudem entscheiden Parlamente zukünftig nicht mehr allein. Im Rahmen einer regulatorischen Kooperation müssen dann alle Vertragspartner zustimmen, damit lässt sich jede soziale Verbesserung blockieren. Zusätzlich werden die möglichen Schadensersatzklagen vor privaten Schiedsgerichten die Vertragsstaaten vor Regulierungen der Konzerne abschrecken.

Christian Gengenbach

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Europaabgeordneten Fabio De Masi und Sprecher der LINKEN in der Städteregion Aachen.

”Im schlimmsten Fall ein Dumping-Wettbewerb”

ver.di-Gewerkschaftssekretär Mathias Dopatka im Interview

Mitte September gab es in der Presse eine Meldung, der DGB würde TTIP „absegnen“, die wurde aber schnell demontiert. Wie stehen die Gewerkschaften und insbesondere ver.di zu den Handelsabkommen?

Die Gewerkschaften wehren sich nicht gegen die Grundidee einer engeren transatlantischen Handelspartnerschaft. Entsprechend gelten meine folgenden Ausführungen für TTIP wie für CETA und andere Verhandlungen.

Die Abschaffung von Zöllen oder die Angleichung technischer und bürokratischer Standards sind erstmal positiv zu betrachten. Stark heruntergebrochen: der einheitliche Micro-USB-Ladestecker für moderne Handys ist aus einem ähnlichen Gedanken entstanden. Wenn man dank eines Abkommens z.B. bald einen einheitlichen Stromstecker auf beiden Seiten des Atlantiks hätte - das wäre eine tolle Sache.

Aber die Stoßrichtung der bisherigen EU-Kommission ist leider eine andere. Während die Wirtschaftslobbyisten von Anfang an in die Formulierung des Abkommens einbezogen wurden, sind alle anderen gesellschaftlichen

Akteure bewusst ausgesperrt worden - selbst die gewählten Parlamente! Die Kommission hat Nebelkerzen geworfen und versucht das Thema durchzuboxen. Erst durch den öffentlichen Druck hat sich dies langsam geändert.

Die EU-Kommission behauptet, TTIP und CETA würden zu höherem Wirtschaftswachstum beitragen, und das nutze ja allen, auch den Beschäftigten. Seht Ihr das nicht so?

Wir leugnen nicht die positiven Aspekte, sehen aber das immense Risiko, wenn eine Paralleljustiz eingeführt wird. Konzerngerichtshöfe die nur den Konzernen hörig sind, könnten über Staaten und Bürger bestimmen. Konsequenz in der kapitalistischen Logik zuende gedacht sind die größten „Gewinnhemmnisse“ eben noch immer Arbeitnehmerrechte, Sozial-, Umwelt- und Verbraucherstandards. Und wenn wir den Konzernen erstmal die Möglichkeit geben unbequeme Gesetze einfach wegzuklagen, dann werden sie sicherlich Gebrauch davon machen.

Ein Freihandelsabkommen muss der gesamten Bevölkerung zugute

kommen. Wenn nur die Konzerne zugunsten ihrer Anteilseigner die Rendite steigern würden, dann wäre mehr verloren als gewonnen.

Wie könnten sich die Abkommen denn auf die Qualität der Beschäftigung auswirken?

Im Idealfall: wir gleichen die Standards an und orientieren uns jeweils an den besten Regelungen. Im schlimmsten Fall: der Dumpingwettbewerb nach unten verschärft die sozialen Probleme auf beiden Seiten des Atlantik und eine sich selbst bespielende Abwärtsspirale nimmt ihren Lauf.

Du bist zuständig für die Kommunen. Siehst Du die Städte und Gemeinden durch die Handelsabkommen berührt?

Bereits unter Jürgen Rüttgers hat die CDU den Kommunen Fesseln bezüglich der wirtschaftlichen Tätigkeiten angelegt. Alle gewinnbringenden Beteiligungen - in Aachen z.B. die Stawag und die Regio IT - sollten auf den Prüfstand. Und immer wenn private Investoren überzeugt waren, es besser zu machen, hätte sich die Stadt in letzter Instanz zurückziehen müssen. Zum Glück wurde

dieses Gesetz nach dem Regierungswechsel kassiert, bevor es richtig Schaden anrichten konnte. Aber genau solche Entwicklungen drohen uns jetzt erst recht, wenn die Konzerngerichtshöfe legitimiert werden. Die Konzerne könnten alle wirtschaftliche Betätigung von Kommunen in Grund und Boden klagen. Übrigbleiben würden dann nur noch ewige Verlustbringer, die auf Kosten der Allgemeinheit durchfinanziert werden müssen.

Was erhoffst Du Dir für den weiteren Verlauf der Verhandlungen?

Ich bin ein großer Optimist. Und ich hoffe noch immer auf das Happy End. Wenn die kritischen Passagen korrigiert werden, dann begrüße ich ein Abkommen. Wenn die Knackpunkte aber bleiben, dann ist kein Abkommen besser als das gegenwärtig geplante.

Mathias Dopatka ist seit 2012 zuständiger Gewerkschaftssekretär für den Bereich Gemeinden im ver.di-Bezirk Aachen/ Düren/ Erft.

Die Positionen von Ver.di und dem DGB findet man hier:
<http://www.dgb.de/themen/>
<https://wipo.verdi.de/>



DIE LINKE.
STÄDTEREGION AACHEN

Ich bitte um Zusendung von Informationsmaterial

Ich möchte regelmäßig zu Veranstaltungen und Versammlungen eingeladen werden.

Ich möchte Mitglied werden

Name und Anschrift:

einsenden an: DIE LINKE Städteregion Aachen
Augustastr. 69, 52070 Aachen

Adresse

DIE LINKE Städteregion Aachen
Augustastr. 69, 52070 Aachen
E-Mail: kontakt@dielinke-aachen.de
www.dielinke-aachen.de
Tel. 0241-9902531
Fax 0241-9905228

Linkes Zentrum
Augustastr. 69, 52070 Aachen
Tel. 0241-99063820
Öffnungszeiten:
Mo 15 bis 17.30 Uhr / Di-Fr 17 bis 19 Uhr

Aktuelle Termine zu Veranstaltungen und Sitzungen der Arbeitsgemeinschaften können dem Terminplaner entnommen werden unter
<http://www.dielinke-aachen.de/termine>

Wer an den Treffen der Arbeitskreise teilnehmen möchte, ist freundlich eingeladen, auch wenn er/sie kein Mitglied der Partei DIE LINKE ist. Natürlich wird eine gewisse Nähe zu unseren Positionen vorausgesetzt.

Adressen

**Fraktion DIE LINKE
im Städtereionstag**

Haus der Städtereion: 1. OG, Raum E 188,
Tel.: 0241 / 5198 3305
Zollernstraße 16 | 52070 Aachen
eMail: dielinke-fraktion@staedtereion-
aachen.de
www.dielinke-staedtereionstag.de

**Fraktion DIE LINKE
im Rat der Stadt Aachen**

Verwaltungsgebäude Katschhof
1. OG, Raum 139 52062 Aachen
Tel.: (0241) 432-7244
Fax: (0241) 41354-17244
eMail: fraktion.dielinke@mail.aachen.de
www.fraktion-dielinke-aachen.de

**Fraktion DIE LINKE
im Rat der Stadt Herzogenrath**

Rathausplatz 1, 1.OG, Raum 105,
Tel.: 02406 / 83121
eMail: fraktion@linke-herzogenrath.de
www.fraktion.dielinke-herzogenrath.com
Postadresse: Fraktion DIE LINKE
Im Rat der Stadt Herzogenrath
Postfach 1280 | 52112 Herzogenrath
Bürgersprechstunde jeden Montag
18:00 bis 19:00 Uhr

**Fraktion DIE LINKE
im Rat der Stadt Stolberg**

Villa Lynen | Rathausstr. 44 | 52222 Stolberg
1.OG, Raum 104 / 105, Tel.: 02402 / 76683-20
eMail: dielinke.fraktion@stolberg.de
www.dielinke-stolberg.de
Bürgersprechstunde jeden Donnerstag
15:00 bis 17:30 Uhr

**DIE LINKE
im Rat der Stadt Würselen**

Rathaus - Morlaixplatz 1 - 52146 Würselen -
Tel.: 02405-67-0 / 02405-4290117
Mail: yvonne.frey1964@t-online.de

**Fraktion DIE LINKE
im Rat der Stadt Baesweiler**

Rathaus - Mariastraße 2 - 2. OG- Raum 214 -
52499 Baesweiler - Tel.: 02401-800-214
Mail: stadtrat@dielinke-baesweiler.de
http://www.dielinke-baesweiler.de/

**DIE LINKE
im Rat der Stadt Alsdorf**

Oliver Schmidt-Schwan
Rathaus - Hubertusstr. 17 | 52477 Alsdorf
eMail: oliver.schmidt@dielinke-aachen.de | Tel.:
0160/5518854

**Fraktion DIE LINKE
im Rat der Stadt Eschweiler**

Rathaus - Johannes-Rau-Platz 1 | 52249
Eschweiler | Rathaus, Raum 141
Telefon: 02403/71-509
Fax: 02403/60999-207
E-Mail: fraktion-dielinke@eschweiler.de
Bürgersprechstunde u. Sozialsprechstunde
Montag 16 - 18 Uhr
Dienstag und Donnerstag 15 - 17 Uhr
Freitag 10 - 12 Uhr

Wahlkreisbüro Andrej Hunko, MdB

Wahlkreisbüro Andrej Hunko, MdB
Südstraße 53/55, 52064 Aachen
Telefon 0241 / 990 682-50
Telefax 0241 / 990 682-51
E-Mail: andrej.hunko.wk@bundestag.de
www.andrej-hunko.de
Sprechzeiten: Montags 13 bis 15 Uhr,
Donnerstags 17 bis 19 Uhr
und nach Vereinbarung
Sozialsprechstunde Bundestagesbüro Andrej
Hunko
Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat ab 17.00
Uhr

Fortsetzung: **Baesweiler bekommt eine neue Innenstadt**

Für all jene, welche am Workshop nicht teilnehmen konnten, sollte die Möglichkeit bestehen, ihre Ideen noch vor der nächsten Ratssitzung, in der das Konzept beschlossen wurde mit einzubringen.

Leider ist dies nicht geschehen. DIE LINKE hat sodann mit freundlicher Unterstützung der Planungsgruppe das Konzept auf ihre eigene Homepage gestellt, um darauf aufmerksam zu machen, dass die Möglichkeit besteht, noch Vorschläge an die Stadt zu senden.

Für das Einkaufszentrum am Feuerwehrturm sind beispielsweise nie detaillierte Pläne auf die Website der Stadt Baesweiler eingestellt worden. Lediglich auf mein stetes Drängen wurde der Bebauungsplan veröffentlicht. Zu diesem Zeit-

punkt gab es jedoch keine Beteiligungsmöglichkeit mehr. Zu den Fragen Baumbestand, Verkehr und Parkplätze bleiben ebenfalls noch viele Fragen offen. DIE LINKE



sieht zudem das Einkaufszentrum sehr kritisch in Bezug auf die jetzt schon vorhandenen Leerstände und den ansässigen Einzelhandel. Nicht jede Stadt braucht ein eigenes Einkaufszentrum, denn fest steht schließlich: Es findet lediglich eine Verlagerung der Ausgaben

statt. Ist so eine echte Beteiligung möglich?

Nein, denn genau hier setzt meine Kritik ein. Bürgerbeteiligung bedeutet zunächst Zugang zu allen Unterlagen sowie absolute Transparenz,

im Folgenden eine Möglichkeit für ALLE, sich zu beteiligen, unabhängig vom Termin, Barrierefreiheit, etc. DIE LINKE fordert aus diesem Grund für Baesweiler ein Ratsinformationssystem, auf das Unterlagen, Pläne zu Bauvorhaben, Termine zu Ausschüssen und Sitzungen einge-

stellt werden, sodass sich Interessierte im Vorfeld einer Veranstaltung informieren können.

DIE LINKE setzt sich deshalb vehement für eine Verbesserung der Transparenz und Information ein, denn nur informierte BürgerInnen können sich rechtzeitig zu Wort melden, sowie an Prozessen teilnehmen und mitbestimmen. Daher fordern wir auch statt einer Bürger(schein)beteiligung eine echte und faire Bürgermitbestimmung!

Auch wir sind dankbar für Ideen, Vorschläge und Hinweise, denn Sie kennen die Probleme vor Ort am besten!

Sprechen Sie uns an, wenn Ihnen etwas unter den Nägeln brennt.

Marika Jungblut, DIE LINKE
im Rat der Stadt Baesweiler
und im Städtereionstag

**Ihre Meinung ist uns wichtig!**

eMail:
wir-leserbriefe@dielinke-aachen.de

postalisch
Fraktion DIE LINKE im StädteRegionstag
Stichwort "Leserbrief"
Haus der Städtereion
Zollernstraße 16
52070 Aachen

